

Das Klimaschutzabkommen der Bürgermeister und Kommunalverwaltungen

(unautorisierte deutsche Übersetzung des englischen Originaltextes)

Städte und Kommunalverwaltungen mobilisieren Führung und lokale Klimaaktivitäten

Bis 2030 werden 2/3 der Menschheit in städtischen Räumen leben. Heutzutage leben dort bereits über 50% der Menschen, die mehr als 75% der Gesamtenergie verbrauchen. Alle Städte sind hochgradig gefährdet durch die Auswirkungen des Klimawandels, vor allem die schnell wachsenden Städte in den Entwicklungsländern.

Bürgermeister und Kommunalverwaltungen sind entscheidend, wenn es um praktische Klimaschutzaktivitäten geht. Wenn ihnen die Kompetenzen und ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, haben sie das Potential, in Fragen der Emissionsreduzierung die Führung zu übernehmen, um hochgesteckte globale Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen zu erreichen.

Die Herausforderungen angehen, Möglichkeiten ergreifen

Weltweit streben Städte und Kommunalverwaltungen nach Zusammenarbeit, um effektiv auf die Dringlichkeit und rapide Geschwindigkeit des Klimawandels antworten zu können. Lokale, subnationale und nationale Verwaltungen müssen - unabhängig und gemeinsam - führen und handeln, um die Treibhausgasreduktionen zu erreichen, die nötig sind, um die katastrophalen Auswirkungen eines Klimawandels zu verhindern.

Die Bürgermeister und Kommunalverwaltungen fordern alle nationalen Regierungen dazu auf, auf der Basis der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) Verpflichtungen festzulegen, um innerhalb der zwei Grad Celsius-Schwelle für die Erwärmung der Erdoberflächentemperatur zu bleiben. Sie verlangen insbesondere einen Rahmen, mittels dessen eine globale Verminderung der Treibhausgase um 60 %, bezogen auf das Jahr 1990, bis zum Jahr 2050 erreicht werden kann, wobei für Industrieländer ein Rückgang der Emissionen von 80% bezogen auf das Jahr 1990 gelten soll.

Verpflichtungen für Führung und Handeln

Bürgermeister und Kommunalverwaltungen akzeptieren die Herausforderung und Verantwortung für Führung und Handeln, um die rapide und gefährliche Steigerung der globalen Erwärmung zu bekämpfen. Aufbauend auf den existierenden Verpflichtungen von lokalen Verwaltungen und ihren Verbänden, einschließlich der „ICLEI Cities for Climate Protection™ Campaign“, dem Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel, dem „US Mayors' Climate Protection Agreement“, der C40 Large Cities Climate Leadership Group“ und der UCLG-Deklaration von Jeju, bekennen sich Bürgermeister und Kommunalverwaltungen zu folgenden Verpflichtungen:

1. Sofortige und signifikante Verringerung von Treibhausgasemissionen. Messung und Berichterstattung über jährliche Reduzierungen der Treibhausgasemissionen und kontinuierliche Bemühungen, um die Reduzierungen so zu erhöhen, dass das Ziel, die Treibhausgase bis zum Jahr 2050 weltweit um 60% und in den Industrieländern um 80% im Vergleich zu 1990 zu verringern, erreicht wird.
2. Umsetzung subnationaler, nationaler und internationaler ergänzender Vereinbarungen, die die Kommunalverwaltungen in die Lage versetzen, durch Bereitstellung von Ressourcen, Be-

fugnissen und ausreichendem Mandat, diese Aufgaben und Verantwortungen auf lokaler Ebene durchzuführen.

3. Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft durch Energieeinsparungen und durch den Einsatz von neuen und bestehenden sowie hoch effizienten Technologien für erneuerbare Energie, um die Abhängigkeit von fossiler und nuklearer Energie zu mindern und mit der Zielsetzung nach den Optionen mit dem geringsten CO₂ Ausstoß.

4. Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und von vorbereitenden Maßnahmen durch Planung auf kommunaler Ebene, sowie durch Entwicklungs- und Durchführungsmaßnahmen, wobei die Städte mit dem größten Gefährdungspotential Priorität haben.

5. Einsatz für die Forderung, dass jede nationale Delegation, die an den UNFCCC-Gesprächen teilnimmt, die kommunale Ebene mit einbezieht, um sicherzustellen, dass auf lokale Klimaprioritäten und Aktivitäten in zukünftigen Verhandlungen Eingang finden.

6. Die nationalen Regierungen beharrlich aufzufordern, sich der internationalen Gemeinschaft anzuschließen und bindende Co₂ Ziele festzulegen, um rasch und in einem bedeutenden Umfang die Treibhausgasemissionen kurzfristig und bis zum Jahr 2050 um mindestens 60% im Vergleich zu 1990 zu senken.

Angenommen auf der United Nations Climate Change Conference durch ICLEI-Local Governments for Sustainability, the World Mayors Council on Climate Change (WMCCC), United Cities and Local Government und der e C40 Climate Leadership Group in Bali, Indonesien, 12. Dezember 2007.